

A1

Antrag

Initiator*innen: Grüne Jugend Köln (dort beschlossen am: 22.03.2025)

Titel: **Im Sinne der Demokratie: Lösungen mit dem Mut zum eigenen Kompass!**

Antragstext

1 Als GRÜNE Köln erkennen wir die Realitäten unserer Gesellschaft an und arbeiten
2 an konkreten Lösungen. Dabei nehmen gegenwärtig insbesondere
3 sicherheitspolitische Fragestellungen eine bedeutende Rolle ein.

4 Mit Blick auf die Bundestagswahl fallen zwei Entwicklungen auf, die
5 gleichermaßen Sorge und Hoffnung bereiten: Das schmerzhaft Erstarren der AfD
6 auf der einen und der unerwartete Erfolg konsequent linker Gegenerzählungen im
7 Diskurs des Rechtsrucks auf der anderen Seite. Eine Landesregierung, die an den
8 aktuellen Realitäten vorbeiregieren würde, wäre mehr Teil des Problems als die
9 Lösung. Eine Politik, die aufrichtige Lösungen bietet, ist das wirksamste Mittel
10 gegen Faschismus. Dabei können wir gegenüber der Koalitionspartnerin aber auch
11 einen konsequenten Kurs im Sinne grüner Politik vertreten, um linke Antworten
12 innerhalb der schwarz-grünen Zusammenarbeit möglich zu machen. Vor dem
13 Hintergrund sich weiter zuspitzender Engpässe der öffentlichen Haushalte müssen
14 Prioritäten gesetzt werden. Dazu wollen wir die sicherheitspolitische Debatte
15 weiten und gezielt Projekte in den Blick nehmen, die sich fachpolitisch wie
16 finanzwirtschaftlich auszahlen.

17 **Wo Kommunen in der Verschuldung versinken, ist**
18 **die Demokratie auf dem Rückzug!**

19 Die kommunale Verschuldung beläuft sich in NRW auf beinahe 50 Milliarden Euro,
20 der Investitionsstau der öffentlichen Hand liegt auf identischem Niveau (2023).
21 Strukturwandel und Rückgang von Arbeitsplätzen haben insbesondere in NRW in den

22 vergangenen Jahrzehnten nicht nur die Einnahmensituation der Städte und
23 Gemeinden verschlechtert, sondern im gleichen Zuge für einen dramatischen
24 Rückgang an Lebensqualität ganzer Stadtteile gesorgt. Geopolitische
25 Veränderungen bringen heute weitere Risiken für das Zuliefererland NRW mit sich.

26 Die politische Antwort lautete hier zu lange: "Einsparen". Doch wo sich der
27 Staat zurückzieht und Schwimmbäder nicht mehr Instand setzt,
28 Stadtteilbibliotheken schließen und den ÖPNV ausdünnen lässt, leiden diejenigen,
29 die auf eine robuste öffentliche Infrastruktur angewiesen sind. Daher ist es
30 richtig, dass wir gemeinsam mit der CDU in der Landesregierung einen konkreten
31 Vorschlag zur Altschuldenlösung vorgelegt haben. Es ist nun an der neuen
32 Bundesregierung, die bestehende Finanzierungslücke für diesen Vorschlag zu
33 schließen. Als GRÜNE Köln streben wir eine zügige Umsetzung einer
34 Altschuldenlösung für die NRW-Kommunen an, zu deren Finanzierung sowohl Landes
35 als auch Bundesmittel zur Verfügung stehen.

36 **Migrationspolitik im Kontext eines umfassenden** 37 **Sicherheitsbegriffs**

38 Im Zentrum unserer Sicherheitspolitik stehen die Fragen nach sozialer und
39 innerer Sicherheit. Vor diesem Hintergrund sind die Eckpfeiler unserer
40 Integrations- und Migrationspolitik die Orientierung an der Vielfalt als Stärke,
41 Menschenrechten und gelebter Humanität. Unser Interesse liegt darin, alle
42 aufenthaltssichernden Bleiberechtsregelungen so auszuschöpfen, dass integrierte,
43 geduldete Geflüchtete eine Bleibeperspektive erhalten. Da, wo Asylanträge
44 abgelehnt wurden, und keine humanitären Bleibegründe bestehen, muss die Ausreise
45 durch eine freiwillige Rückkehr oder eine Rückführung erfolgen.

46 Dort, wo Abschiebungen stattfinden, müssen wir eine rechtsstaatliche, gerechte
47 und humanitär verantwortungsvolle Abschiebep Praxis gewährleisten.
48 Abschiebungshaft stellt hier nur das Äußerste Mittel dar, das erst dann greifen
49 darf, wenn alle vorrangigen mildereren Mittel als Alternative ausgeschöpft worden
50 sind. Da Abschiebungshaft einen besonders schwerwiegenden Eingriff in den
51 grundrechtlich geschützten Freiheitsbereich eines Menschen darstellt, erfordert
52 eine humanitäre Politik eine ständige Evaluation der stattfindenden
53 Abschiebungshaft -Vorgänge sowie insbesondere der Kapazitätsauslastung der
54 bundesweit größten UfA in Büren.

55 **Klare Prioritätensetzung für eine** 56 **verantwortungsvolle Haushaltspolitik**

57 Teilhabe in Form von Sprache, Wohnort und der Möglichkeit einer Arbeit
58 nachzugehen ist einer der zentralen Aspekte, wie Integration gelingen wird. Die
59 nötigen finanziellen Ressourcen ermöglichen einen wichtigen Schritt zu einer
60 sicheren Gesellschaft für alle Menschen, die im Land nach Glück, Freiheit und
61 eben dieser Sicherheit streben.

62 Zur Realisierung solcher Teilhabe-Möglichkeiten neben der Existenzsicherung der
63 bestehenden sozialen und kulturellen Infrastruktur braucht es klare Prioritäten.
64 Die Schaffung neuer Einnahmemöglichkeiten ist benannt. Dazu müssen geplante
65 Ausgaben vor dem Hintergrund ihres Bedarfs reflektiert werden. Bereits jetzt
66 verfügt das Land Nordrhein-Westfalen mit der Unterbringungseinrichtung für
67 Ausreisepflichtige (UfA) zum Vollzug von Abschiebungshaft Büren über die
68 deutschlandweit größte Einrichtung dieser Art. Dort hält das Land 140 Plätze für
69 die Unterbringung Ausreisepflichtiger vor, bei denen durch richterlichen
70 Beschluss beispielsweise eine Fluchtgefahr festgestellt wird. Nur in diesen
71 Rahmenbedingungen ist das Durchsetzen freiheitsentziehender Maßnahmen möglich.

72 Die Abschiebungshaft ist zweckgebunden an die Durchführbarkeit einer
73 Abschiebung. Sie ist keine „Beugehaft“ zur Erzwingung von Mitwirkungshandlungen
74 des Ausländers, sie ist auch keine „Gefährderhaft“ für – sich oder andere –
75 gefährdende Ausländer und sie ist erst recht keine Strafhaft. Ist eine
76 Abschiebung aber sachlich oder rechtlich ausgeschlossen, ist erst recht die
77 Abschiebungshaft ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage,
78 ob die Schaffung weiterer Kapazitäten durch eine neue UfA tatsächlich zu mehr
79 Sicherheit in Nordrhein-Westfalen führt und ferner, ob diese Maßnahme angesichts
80 der finanziellen Lage unserer Kommunen im Einklang mit einer vernünftigen
81 Finanzpolitik steht.

82 Die Kreismitgliederversammlung des KV Köln beschließt daher, die geplante und
83 millionenschwere Realisierung weiterer 140 Plätze in einer neu zu errichtenden
84 UfA in Mönchengladbach durch eine gemeinsame Anstrengung von Delegierten,
85 Partei, Fraktion und Kabinettsmitgliedern im Sinne einer verantwortungsvollen
86 Haushaltspolitik zu stoppen.

87 Die Landesregierung hat nach dem schrecklichen Attentat in Solingen schnell
88 reagiert und mit einem Maßnahmenpaket für Sicherheit, Migration und Prävention
89 Vorschläge erarbeitet, die unsere Politik auf Augenhöhe mit der neuen Realität
90 bringen sollen. Zu dieser neuen Realität gehört insbesondere in den letzten
91 Monaten allerdings auch ein sich zuspitzender Diskurs über Migration und Flucht.
92 Immer häufiger sehen wir, wie sich politische Forderungen von wissenschaftlichen
93 Grundlagen oder den gemeinsamen Zielen von Humanität, Sicherheit und Ordnung
94 weit entfernen und es lediglich darum geht, Migration immer stärker zu
95 begrenzen.

96 Als GRÜNE Köln widersprechen wir dem Narrativ, dass eine Begrenzung von
97 Migration sowie die Intensivierung von Abschiebungen zu einem Gewinn an
98 Sicherheit führen.

Begründung

Als GRÜNE Köln sollten wir die aktuellen gesellschaftlichen Realitäten anerkennen und uns für konkrete Lösungen einsetzen, insbesondere in der Sicherheitspolitik. Die Bundestagswahl zeigt, dass das Erstarken der AfD und der Erfolg linker Gegenerzählungen gleichermaßen Sorge und Hoffnung bereiten. Eine Landesregierung, die an den Realitäten vorbeiregiert, wäre Teil des Problems.

Unsere Politik muss aufrichtige Lösungen bieten, um Faschismus wirksam zu bekämpfen. Innerhalb der schwarz-grünen Zusammenarbeit sollten wir konsequenten Kurs im Sinne grüner Politik vertreten. Die kommunale Verschuldung in NRW und der Investitionsstau erfordern klare Prioritäten. Einsparungen haben die Lebensqualität vieler Stadtteile verschlechtert. Daher setzen wir uns für den Vorschlag zur Altschuldenlösung ein und fordern eine zügige Umsetzung.

Unsere Sicherheitspolitik sollte sich an sozialer und innerer Sicherheit, Vielfalt, Menschenrechten und Humanität orientieren. Wir setzen uns für eine Bleibeperspektive integrierter Geflüchteter ein und fordern eine rechtsstaatliche Abschiebep Praxis. Abschiebungshaft darf nur das letzte Mittel sein.

Teilhabe durch Sprache, Wohnort und Arbeit ist zentral für die Integration. Den geplante Bau einer UfA in Mönchengladbach müssen wir ablehnen, da sie weder zu mehr Sicherheit führt noch finanziell verantwortlich ist. Als Grüne widersprechen wir dem Narrativ, dass eine Begrenzung von Migration zu mehr Sicherheit führt, und setzen uns für eine Politik ein, die auf Humanität, Sicherheit und Ordnung basiert.